

22.03.2014 / Ausland / Seite 7

Berliner Heuchelei

Bundesregierung betrachtet Begleichung der Kriegsschulden gegenüber Griechenland als abgeschlossen. Gezahlt hat Deutschland aber nicht

Heike Schrader, Athen

Um was es geht, stand in drei Sprachen auf dem Transparent am Podium der Pressekonferenz des »Nationalrates für die Einforderung der Begleichung der Kriegsschulden Deutschlands gegenüber Griechenland« am Donnerstag in Athen: Gerechtigkeit und Wiedergutmachung. Mehr als 100 Massaker an der Zivilbevölkerung verübten die faschistischen Besatzer im Zweiten Weltkrieg in Griechenland. Keines davon ist bis heute gesühnt. Und auch ein Kriegsdarlehen in Höhe eines dreistelligen Milliardenbetrages in Euro wurde dem heute hoch verschuldeten Griechenland von der Rechtsnachfolgerin und derzeitigen Führungsmacht in der Gläubigertroika, BRD, nicht zurückgezahlt. Während die Bundesregierung die Frage der Reparationen für »abgeschlossen« erklärt und griechische Regierungen nur sehr zögerlich entsprechende Ansprüche anmelden, will der seit nunmehr 20 Jahren agierende Nationalrat nicht aufgeben, bis den Opfern der barbarischen Verbrechen Gerechtigkeit widerfahren ist.

Deutschland habe nach wie vor Schulden gegenüber dem griechischen Staat und den Hinterbliebenen der Opfer, erklärte der Vorsitzende des Nationalrates, Manolis Glezos, denn auch am Donnerstag in Athen. Der überaus rüstige 91jährige war selbst von den Nazibesatzern (in Abwesenheit) zum Tode verurteilt worden, nachdem er zusammen mit seinem damaligen Kommilitonen Apostolos Santas in der Nacht zum 31. Mai 1941 die Hakenkreuzfahne von der besetzten Athener Akropolis heruntergerissen hatte. Sieben Milliarden Dollar in der Kaufkraft von 1938, das entspräche heute etwa 108 Milliarden Euro ohne Zinsen seien Griechenland 1946 auf der Konferenz der Siegermächte in Paris als deutsche Schuld zugesprochen worden. »Bisher hat mir noch kein deutsches Regierungsmitglied sagen können, wie Deutschland die angebliche Erledigung dieser Schuld begründet«, so Glezos. Die von deutscher Seite immer wieder angeführte Behauptung, die Schuld sei ein Mythos, stimme nicht, sagte der antifaschistische Widerstandskämpfer, denn in Paris sei über die Ansprüche aller Opferstaaten gegenüber allen Täterstaaten entschieden worden. »Und Italien und Bulgarien haben ihre Verpflichtungen Griechenland gegenüber längst eingelöst.«

Bei dem oft fälschlicherweise unter die Ansprüche auf Wiedergutmachung eingereihten Kriegsdarlehen sei die Verpflichtung ebenfalls klar. Selbst die Nazis hätten die den Griechen damals abgepreßten Gelder in Höhe von dreieinhalb Milliarden Dollar in der Kaufkraft von 1938 (heute etwa 54 Milliarden Euro) internationalen Gesetzen entsprechend als Darlehen eingestuft. Die Gelder wurden für die über 800000 Mann starke deutsche, italienische und bulgarische Besatzung sowie für die Verpflegung des Afrikakorps von Rommel verwendet. Und den Haager Konventionen zufolge konnte ein besiegtes Land nur dann zum Unterhalt seiner Besatzer verpflichtet werden, wenn es diesen aufbringen konnte. Da Griechenland dazu nicht in der Lage war, wurden dem Land die Gelder als »Zwangsdarlehen« abgepreßt. »Wissenschaftler streiten, ob drei oder neun Raten des Darlehens zurückgezahlt wurden«, erläuterte der Nationalratsvorsitzende, »allein das aber zeigt, daß die Verpflichtung zur Rückzahlung besteht«. Als einziges der von den Nazis verwüsteten Länder sei Griechenland von Deutschland nie entschädigt worden, erklärte Glezos und fragte, ob dies vielleicht aus Rache dafür geschähe, daß der Widerstand in Griechenland entscheidend zur Zerstörung des Mythos vom unschlagbaren Nazistaat beigetragen habe.

Wie Glezos war auch Aristomenis Syngelakis Anfang des Monats beim Besuch des deutschen Bundespräsidenten Joachim Gauck im von den Nazis zerstörten Dorf Lyngiades in Nordgriechenland anwesend gewesen. Dort hatte Gauck die Hinterbliebenen der Nazimassaker im Namen Deutschlands um Vergebung gebeten. Die Entschuldigung eines deutschen Staatsoberhauptes sei wichtig, sagte Syngelakis, dessen Familie beim Massaker im kretischen Amira Viannou mehrere Mitglieder verloren hatte. »Aber warme Worte reichen nicht. Wie kann es eine Entschuldigung geben, wenn damit keine Taten verbunden sind? Wie kann man eine moralische Schuld anerkennen, ohne daß daraus auch materielle Konsequenzen gezogen werden? Wie kann man so von den Opfern Verzeihung erwarten?«